

Die Verschlechterung des politischen Klimas USA/D gefährdet die deutschen Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern nicht¹

Anna Stangl

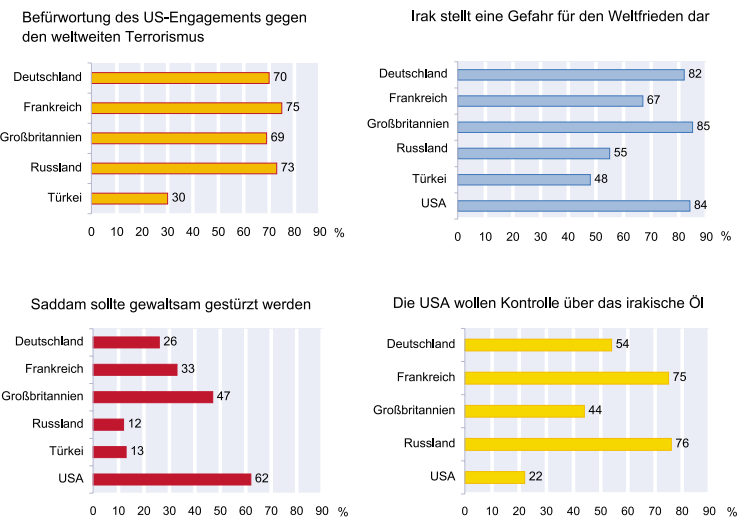
In der Presse wird die Haltung der USA in der Irak-Politik und die damit verbundene Verschlechterung des politischen Klimas zwischen Deutschland und den USA heftig diskutiert. Unvermeidlich stellt sich die Frage, ob die deutsche Wirtschaft mit Konsequenzen aus dem politischen Konflikt zu rechnen hat. Um diese Frage zu beantworten, ist es sinnvoll, vorab einen Blick auf die globale politische Situation zu werfen, bevor man die Situation aus der Sicht deutscher Unternehmen gesondert betrachtet.

Die Beurteilung der politischen Haltung der USA im Irakkonflikt ist nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland von Widersprüchen geprägt. Eine weltweite Umfrage des unabhängigen Meinungsforschungsinstitutes *Pew Research Center*² zeigte, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland (74%), Frankreich (67%), Russland (88%) und der Türkei (87%) sowie mehr als die Hälfte der Umfrageteilnehmer in Großbritannien (53%) gegen ein gewaltsames Vorgehen im Irak sind. Selbst in Großbritannien, dem treuesten Verbündeten Washingtons, ist laut Zeitungsberichten (*Neue Züricher Zeitung*, 7. Januar 2003, S. 3) die Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere auch ein großer Teil der regierenden Labourpartei gegen einen Präventivschlag in Irak. Zwar wird im Allgemeinen Washingtons Engagement gegen den weltweiten Terrorismus begrüßt – doch gleichzeitig kommen Zweifel an den wirklichen Beweggründen und den weltweiten Konsequenzen eines Irakkrieges auf. So meinen rund 75% der befragten Bevölkerung in Russland und Frankreich, dass die USA den Krieg im Irak wollen, um die Kontrolle über das irakische Öl zu bekommen und der eigenen Wirtschaft aus der Konjunkturlaute zu helfen. In Deutschland waren 54% der Umfrageteilnehmer und in Großbritannien 44% der selben Ansicht (vgl. Abb. 1).

Das Argument der Massenvernichtungswaffen, das bisher in das Zentrum gestellt wurde, verliert immer mehr an Überzeugungskraft. Das Ziel des Regimewechsels in Bagdad auch ohne eindeutige Beweise für eine Verbindung zwischen al-Qaida und Saddam Hussein und für Iraks Verfügung über nukleare, biologische und chemische Massenvernichtungswaffen lässt so nicht nur in den deutschen Regierungskreisen kontroverse Meinungen auf-

Abb. 1

Meinungsbild der Weltöffentlichkeit zum Irakkonflikt



Quelle: Pew Research Center, 2002.

kommen. Die türkische Regierung hat dagegen eindeutig Stellung zum Irakkonflikt bezogen. Laut Presseberichten (*Neue Züricher Zeitung*, 7. Januar 2003, S. 3) hat der türkische Ministerpräsident Abdullah Gül betont, die Türkei sei eindeutig gegen einen Angriff auf den Irak.

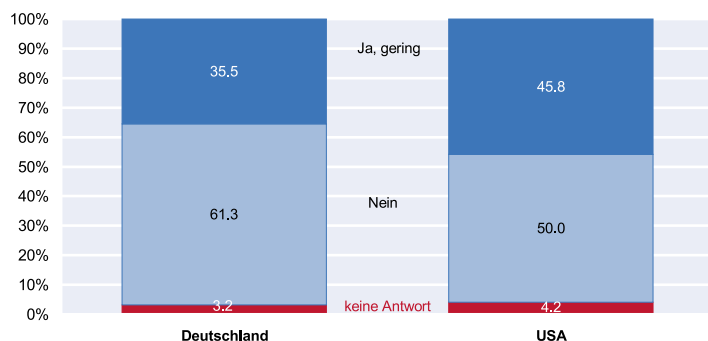
Angesichts dieser politischen Stimmung und des umstrittenen politischen Images der USA in der Weltöffentlichkeit sowie der konjunkturellen Schwierigkeiten der US-Wirtschaft, scheint es eher unwahrscheinlich, dass die USA nun auch die Wirtschaftsbeziehungen zu wichtigen Handelspartnern aufs Spiel setzen würden.

Bezüglich der Auswirkungen der Verschlechterung des politischen Klimas zwischen Deutschland und den USA deu-

Abb. 2

Beurteilung der Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern aus der Sicht beider Länder

Die Frage: Gefährdet die Verschlechterung des politischen Klimas zwischen Deutschland und den USA die deutschen Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern beantworteten deutsche und US-amerikanische Experten wie folgt:



Quelle: ifo World Economic Survey, Oktober 2002.

¹ Umfrageergebnisse zu Auswirkungen des verschlechterten politischen Klimas zwischen Deutschland und den USA auf die deutschen Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern.

² Vom Juli bis Oktober 2002 befragte das unabhängige Washingtoner Meinungsforschungsinstitut mehr als 38 260 Menschen in 44 Ländern zu ihren Einstellungen zu Politik und Leben allgemein.

ten die Ergebnisse von zwei jüngsten ifo Umfragen (*ifo Konjunkturtest* und *ifo World Economic Survey (WES)*) darauf hin, dass die deutschen Exporte in die USA davon nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Von den im Rahmen des WES befragten deutschen und amerikanischen Wirtschaftsexperten aus multinationalen Unternehmen und Institutionen in Deutschland und USA meinten 58,5%, dass die verschlechterten politischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA keinen Einfluss auf die deutschen Exporte in die USA haben werden. 41,5% aller befragten Experten vermuten, dass die politischen Verhältnisse zwischen Deutschland und den USA eine geringe negative Auswirkung auf die deutschen Exporte haben könnten. Jedoch keiner der 55 deutschen und amerikanischen Wirtschaftsexperten war der Ansicht, dass das politische Tief einen bedeutenden Einfluss auf die deutschen Außenhandelsbeziehungen zu den USA haben werde (vgl. Abb. 2).

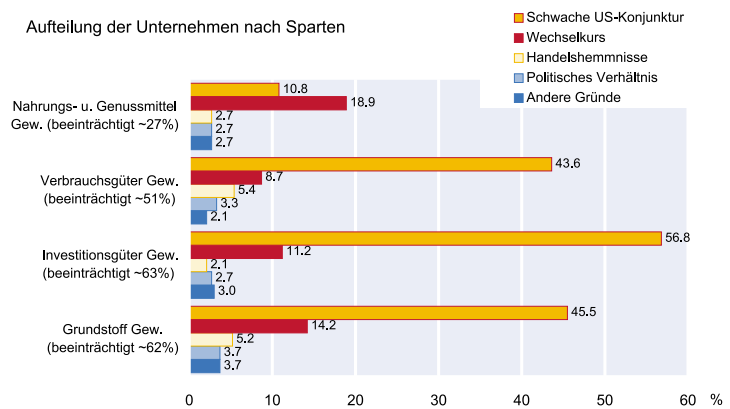
Das Meinungsbild der im Rahmen des *ifo World Economic Survey* befragten Experten wird durch die Ergebnisse einer Sonderfrage aus dem *ifo Konjunkturtest* untermauert. Zwar sehen derzeit etwa 60% der Industrieunternehmen ihre Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern beeinträchtigt, dies wird jedoch nur im seltenen Fall auf das verschlechterte politische Verhältnis zurückgeführt. Nur 3% der befragten Unternehmen gaben das *verschlechterte politische Verhältnis* als einen der Gründe für die Beeinträchtigung der Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern an.

Die Angaben differenzieren jedoch zwischen den vier Sparten: Grundstoffe, Investitionsgüter, Verbrauchsgüter sowie Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

So berichteten nur 27% der befragten Unternehmen in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie von Beeinträchtigungen der Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern, während bei den anderen Sparten dieser Anteil zwischen 50 und 65% lag. Hinsichtlich der Gründe für die Beeinträchtigung der Handelsbeziehungen zu den US-Partnern wurde überwiegend die *schwache US-Konjunktur* verantwortlich gemacht. Eine Ausnahme bildete jedoch die Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Hier sei in erster Linie der ungünstige *US Dollar/Euro-Wechselkurs* für die Verschlechterung der Exporttätigkeit verantwortlich (vgl. Abb. 3).

Abb. 3

Gründe für Beeinträchtigungen der Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern



Quelle: ifo Konjunkturtest, November 2002.

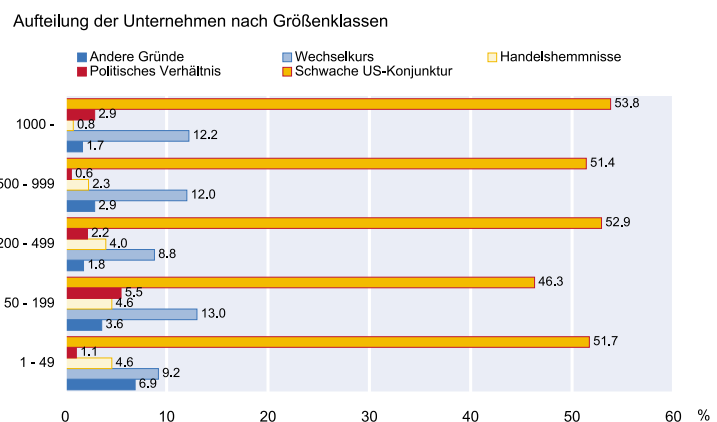
Die Aufteilung der Unternehmen nach Größenklassen³ hinsichtlich der Beschäftigtenzahl zeigte keine wesentlichen Unterschiede zwischen den jeweiligen Größenklassen in Bezug auf die Gründe für die schlechtere Nachfrage aus den USA. 41% aller befragten Unternehmen berichteten von keiner Beeinträchtigung der Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern. Dieser Anteil schwankte nur geringfügig zwischen den jeweiligen Klassen.

Etwa 60% der Befragungsteilnehmer geht von einer *Stagnation* des US-Geschäfts in den nächsten sechs Monaten aus. Mit zunehmender Unternehmensgröße wird jedoch seltener von einer Abnahme der US-Exporte ausgegangen. Nur 7% der befragten Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten erwarten eine Abnahme der US-Exporte in den

³ Unternehmensgrößenklassen nach Beschäftigtenzahl: 1-49; 50-199; 200-499; 500-999; 1 000 u. mehr Beschäftigte.

Abb. 4

Gründe für Beeinträchtigungen der Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern



Quelle: ifo Konjunkturtest, November 2002.

nächsten sechs Monaten. Dieser Anteil liegt bei den befragten Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten zwischen 11% (Unternehmen mit 200 – 499 Mitarbeitern) und 18% (Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten). In den Kleinunternehmen (mit weniger als 50 Mitarbeiter) werden nach *schwacher US-Konjunktur* und *ungünstigem Wechselkurs*, *andere Gründe*, möglicherweise betriebsinterner Art, für die Beeinträchtigung des US Geschäfts genannt (vgl. Abb. 4).

Insgesamt liefern die Ergebnisse keinen Hinweis darauf, dass aufgrund des gespannten politischen Verhältnisses der Regierungen beider Länder in Folge der Meinungsverschiedenheiten betreffend des Irakkrieges, Auswirkungen auf die deutschen Exporte in die USA zu befürchten sind. Viel mehr ist die schwache Konjunkturlage in den USA für mögliche Beeinträchtigungen der Geschäftsbeziehungen verantwortlich.

Literatur

- Handelsblatt: *USA zahlen den Preis der Macht*. Nr. 236, 6./7.12.2002, S. 8.
Neue Züricher Zeitung: *Londons außenpolitische Prioritäten*. Nr. 4, 7.1.2003, S. 3.
Neue Züricher Zeitung: *Ankara für friedliche Lösung im Irakkonflikt*. Nr. 4, 7.1.2003, S. 3.
Russ H.G (2002), »Trotz politischer Klimaverschlechterung wenig Behinderung der US-Exporte«, *ifo Schnelldienst* 55 (20), 51.
The Pew Research Center for the People and the Press (2002): *What the World thinks in 2002 – The Pew Global Attitudes Project*. Die Studie ist im Internet unter <http://www.people-press.org/reports/files/report165.pdf> abrufbar.